

**TAGESPOLITIK - KOMMENTARE - AUSLANDSBERICHTE**

P/XXIII/6

Bonn, den 9. Januar 1968

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

Seite	Zeilen
2	52

SOZIALDEMOKRATISCHE PERSPEKTIVEN

Im Übergang zu den siebziger Jahren

2 Nicht mehr zu überbieten 21

Bonn in der Sicht des NEUEN DEUTSCHLAND

4 - 4 Gedichtewelle um Spaniens Ostpolitik 72

Verweltlichte Informationspolitik provoziert peinliche Pannen

Von unserem ED-1-Korrespondenten in Madrid

SELBSTBESTIMMUNG UND EINGELIEDERUNG bringt heute:

Annexion schafft kein Recht

Interview mit dem Präsidenten des BdV, Reinhold Rehs, Y&B

Mehr Rechte für die Deutschen in der Tschechoslowakei

Bald Sozialversicherungsabkommen mit Österreich

Warenaustausch mit Polen aufgestockt

Öffentlichkeitsarbeit der Vertriebenen

\* \* \*

Herausgeber: SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST GMBH, 5300 Bonn 9.

Heussallee 2-10, Pressehaus I, Zimmer 217-224. Telefon: 228037-38, Telex: 686846 / 686847 / 686848 PPP D

Verantwortlich: Günter Markscheffel, Chefredakteur

S O Z I A L D E M O K R A T I S C H E P E R S P E K T I V E N

---

Im Übergang zu den siebziger Jahren

G.M. - Durch die Verabschiedung der heute im VORWÄRTS veröffentlichten "Sozialdemokratischen Perspektiven im Übergang zu den siebziger Jahren" hat der SPD-Vorstand, wie schon mehrfach in früheren Jahren, der Gesamtpartei erneut eine Initialzündung für eine breit angelegte Diskussion gegeben. Bei diesem Dokument handelt es sich nicht wie gelegentlich behauptet wurde - um eine Ergänzung des Godesberger Grundsatzprogramms, das nach wie vor seine Gültigkeit hat. Vielmehr wurde eine Diskussionsplattform geschaffen, die der deutschen Öffentlichkeit verdeutlichen soll, wie sich die Sozialdemokratische Partei Deutschlands die Entwicklung der Bundesrepublik zu einem modernen, freiheitlichen und sozialen Rechtsstaat vorstellt. Daß hierbei das Godesberger Grundsatzprogramm richtungsweisend bleibt, ist eine Selbstverständlichkeit.

Das jetzt veröffentlichte Dokument wird den Bezirken übermittelt, damit diese auf ihren Bezirksparteitagen, die in den nächsten Wochen zur Vorbereitung des im März in Nürnberg stattfindenden Ordentlichen Bundesparteitages der SPD durchgeführt werden, bereits Stellung nehmen können. Die Bezirke sind jedoch völlig frei in ihren Entscheidungen. Sie können die Plattform akzeptieren, verwerfen oder ergänzen.

Zweifellos wird diese Methode der Vorbereitung eines Parteitages dazu beitragen, die innerparteiliche Diskussion über die Politik der SPD in den siebziger Jahren anzuregen. Der Parteivorstand wünscht, daß diese Diskussion in allen Ortsvereinen geführt wird und daß das Dokument darüberhinaus in den Unterbezirken und Bezirken einer gewissenhaften Prüfung unterzogen wird.

Das Dokument spricht für sich. Es nimmt zu aktuellen Fragen nur insoweit Stellung, als diese für längere Sicht einer Beantwortung bedürfen. Deshalb ist ein wesentlicher Teil des Dokuments den gesellschaftspolitischen Problemen gewidmet, jenen Aufgaben also, die im Geltungsbereich des Grundgesetzes der Bundesrepublik Deutschland in freier Willensentscheidung durch das Votum der Wähler und in der Folge durch die Zusammensetzung künftiger Parlamente ihrer Lösung

entgegengeführt werden können. In den außenpolitischen Fragen beschränkt sich die Plattform mehr auf das Grundsätzliche, weil die Außenpolitik, ihre Entwicklung zum Guten und zum Bösen, meist von Faktoren und Einflüssen abhängt, die nicht allein durch die freie Willensbekundung der Bevölkerung unseres Landes beeinflusst werden können.

In einem Teil der deutschen Presse hat man am vergangenen Wochenende jenem Kapitel der Plattform besondere Bedeutung zugemessen, in dem von der Notwendigkeit einer Modernisierung der Arbeitsweise sowohl der Exekutive als auch der Legislative gesprochen wird. Es wäre falsch, sollte man diesen Teil des SPD-Dokuments überbewerten oder ihn in Beziehung zu aktuellen Vorgängen und Diskussionen stellen. Die Modernisierung der Arbeitsweise der Exekutive und der Legislative ist für **j e d e n** fortschrittlichen Industriestaat eine zwingende Notwendigkeit. **K e i n** moderner Staat und **k e i n** modernes Parlament kann heute noch mit Methoden arbeiten, die vielleicht noch im 19. Jahrhundert angebracht waren.

Der SPD-Vorstand fordert mit diesem Dokument nicht nur die Gesamtpartei zur intensiven Diskussion über die sozialdemokratische Politik in den siebziger Jahren heraus; er hofft, daß auch die deutsche Öffentlichkeit die in diesem Dokument niedergelegten Gedanken einer Prüfung unterzieht. Damit will die SPD einen Beitrag zur allgemeinen Demokratisierung unseres öffentlichen Lebens leisten.

Nicht mehr zu überbieten

Bonn in der Sicht des NEULN DEUTSCHLAND

sp - Würde man es nicht selbst spüren, daß über Europa nun der Winter seinen Einzug genommen hat, müßte man annehmen, Ostberlin leide unter einer Hitzewelle, vor der besonders die Redaktion des NEULN DEUTSCHLAND betroffen ist. Was sich diese an wilden Phantastereien in einer ihrer letzten Ausgaben leistete, stellt alle bisher von dieser Seite gewohnten Pöbelcieln und Unterstellungen weit in den Schatten. Da heißt es, die Bundesregierung habe Furcht vor jeder Entspannung und zeige "Blutgier in ihren Aggressionsplänen gegen die DDR". Sie habe den wahnsinnigen Plan, nach dem Vorbild der israelischen Aggression eines Tages im Morgengrauen Militärmacht gegen die DDR einzusetzen, um wenigstens zu versuchen, die im sozialistischen Deutschland entstandenen Realitäten zu ändern.

Wer so etwas in die Welt setzt, bei dem muß verschiedenes nicht in Ordnung sein. Er lebt in einer Welt, in der er sich selbst als Fremdling vorkommen muß. Jedoch: Dieser Mißbrauch der Druckerschwärze zu Verteufelungen der Bundesrepublik kann nur der Ausdruck eines sehr schlechten Gewissens sein. Dies ist wohl der sicherste Weg zur Selbstschlie-  
bung. Gilt für die Machthaber der DDR nicht der von anderen kommunisti-  
schen Staaten praktizierte Grundsatz der friedlichen Koexistenz?

+ + +

### Gerüchtewelle um Spaniens Ostpolitik

---

Veraltete Informationspolitik provoziert peinliche Pannen

Von unserem HD-1-Korrespondenten in Madrid

Spaniens Presse, seit 1966 halbfrei und erstaunlich offen, leidet noch immer an der aus dem 19. Jahrhundert überkommenen antlichen Informationspolitik und Geheimniskrämerei in den Amtsstuben. Dies hat wiederholt zu grotesken Vorfällen und Polemiken geführt, die sogar die spanische Außenpolitik ungewollt in ein schiefes Licht rücken. Bezeichnend für diese peinlichen Pannen sind drei Ereignisse im Zusammenhang mit den vieldiskutierten Plänen, die auf eine Normalisierung der spanischen Ostbeziehungen hinauslaufen.

Am "Tag der Unschuldigen Kinder", dem 28. Dezember, kündigt Spaniens Presse einen Phänomen, das in Deutschland gewöhnlich den ersten April begleitet: es werden Nachrichten mit großem Wahrscheinlichkeitsgehalt erfunden. Der Barcelonenser "Tele-Express": ein Sowjetrusse namens Boris Smyslow sei in der Zweimillionen-Metropole aufgetaucht, um ein geeignetes Grundstück für ein künftiges Sowjetkonsulat zu erwerben. Dieser verfrühte Aprilscherz ging andern tags durch den ganzen Blätterwald Spaniens und wurde für bare Münze genommen. Trotz lendenlahmer Dementis verstummten die Gerüchte nicht, die von der Wiederaufnahme der seit 1939 nicht mehr existierenden diplomatischen Beziehungen zwischen Spanien und der Sowjetunion wissen wollen. Das spanisch-sowjetische Schiffsabkommen und die beiderseitigen Botschaftskontakte im neutralen Paris geben den denkbar besten Nährboden ab für die wildesten Spekulationen in der spanischen Presse, der von regierungsamtlicher Seite nicht der geringste Fingerzeig zuteil wird, um jenseits veralteter Tabus sachgemäß aufklären zu können.

Fast zur gleichen Zeit veröffentlichte das Bulletin des Madrider Ständeparlaments eine bereits seit Sommer fertiggestellte und allerorten kritisierte Regierungsvorlage über die Behandlung von Staatsgeheimnissen. Wird dieser Entwurf Gesetz, dann ist nur noch eine reine Hofberichterstattung möglich. Diplomatische Vorgänge gelten dann als "top secret". Die Bürokraten im Regierungsapparat haben gesiegt, die Gerüchte blühen weiter, weil es wie etwa in Bonn eine öffentliche Diskussion der Ostpolitik auf offener Tribüne noch nicht gibt.

Vor einigen Monaten hatte das Falange-Zentralorgan "Arriba" ein für den Neubau eines Versicherungs-Verwaltungsgebäudes bestimmten Bauplatz als "Grundstück für die künftige Sowjetbotschaft" ausgegeben. Eine Falschmeldung, die vermeidbar gewesen wäre.

An der Jahreswende 1967/68 stellte die dem katholischen Laienorden "Opus Dei" nahestehende Nachrichtenagentur "Europa Press" wieder einmal "das Gelände der künftigen Sowjetbotschaft" im Bilde vor: auf ehemaligem Kirchengrund werde die neue Russenbotschaft entstehen. Das betreffende Grundstück wurde teilweise von der Kirche an die Immobiliengesellschaft "Goyoa" veräußert, deren Manager José Goyasueta ziemlich ungehalten war, als man ihn fragte warum er sich zu keiner öffentlichen Klarstellung aufraffen konnte. Seine Antwort spricht für sich: "Wozu wollen Sie das alles wissen? Was interessiert Sie das? Im Übrigen, es ist alles Mäße in zwei Wochen beginnt dort der Neubau eines Wohn- und Geschäftshauses." Zweifel sind erlaubt: erstens wird die Umgebung des Geländes von einigen "mäßigen Spaziergängern" beschattet, über deren Identität allerdings kein Zweifel herrschen kann. Zweitens wurde das baufällige, 1930 errichtete kirchliche Gebäude eine ehemalige höhere Mädchenschule, noch nicht einmal abgerissen.

Kommentierte "Europa Press" - Chefredakteur Juan Rodríguez-Ruiz: "Die ganze Angelegenheit wird buchstäblich geheimnisvoll abgewickelt, damit niemand vorzeitig etwas erfährt." Seine Agentur laggt in Sachen Ostpolitik genau so im Dunkeln wie alle anderen spanischen Presseorgane, die Presse der Einheitspartei Falange eingeschlossen.

Die Informationspolitik der Regierung hält nicht Schritt mit der sprunghaften Evolution der Presse und anderer Massenmedien -- nach wie vor wird sie im Stil und Geist des vorigen Jahrhunderts gewacht. Dies offenbarte auch der jüngste Madrid-Besuch des stellvertretenden rumänischen Ministerpräsidenten Georgehe Rvinulescu der am 17. November (un)offizielle Gespräche in der spanischen Hauptstadt führte, über deren Inhalt nichts verlautete. Luis López-Illeras, der Leiter der Auslandsressort-Abteilung des Madrider Informationsministeriums ließ sich lediglich entlocken: "Rvinulescu hat einige wichtige Persönlichkeiten gesprochen."

Die Geheimnistuerei um Spaniens Ostpolitik wurde zu einer Bismarck: mangelnde sachlicher Informationen wurde diese Politik schon zum Gegenstand eines verfrühten Aprilscherzes. Den Exponenten einer verantwortungsbewußten Staatsführung müßten solche Vorfälle normalerweise unter die Haut gehen. Es ist nur ein winziger Schritt, der die Geheimnistuerei von der Mächtigkeit trennt. Der Barcelonenser "Tele-Expres" ist diesen Schritt gegangen.